SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ

Erscheint in Offenbach - 0-Nummer 197o - Solidaritätsbeitrag 5o Pf.

kolleginnen! kollegen!

Seit den spontanen Streiks vom September 1969 ist die Legende widerlegt, daß die Industriearbeiter in der Bundesrepublik auf den sozialen Kampf verzichten. Auch in Frankreich, Italien, Skandinavien, England, Belgien usw. hat sich gezeigt: In der Arbeiterschaft und in den Betrieben kommt eine Bewegung auf, die den Kampf um bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen als Klassenkampf begreift und führt. In den Betrieben gibt es wieder politische Diskussionen. An vielen Orten entwickeln sich sozialistische Betriebsgruppen.

Sozialistische Betriebsarbeit wird nur dann zu weiteren Erfolgen kommen, wenn sie Erfahrungen aus den einzelnen Betrieben und Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit überbetrieblich austauscht. Das soll durch die SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ unterstützt werden. Sie wird ein Sprachrohr der in den Betrieben arbeitenden Kollegen und Genossen sein. Diese werden den Inhalt der Korrespondenz bestimmen. Die Korrespondenz wird direkt für ihre Arbeit verwendbar sein.

Sozialistische Arbeit in den Betrieben ist auch gewerkschaftliche Arbeit. Die Gewerkschaftsführungen haben sich aber auf eine Politik festgelegt, die im Prinzip nicht mehr den Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen entspricht. Sie verzichten auf den gewerkschaftlichen Kampf und ordnen sich der "Konzertierten Aktion" unter, in der die Interessen der Großunternehmer den Ton angeben. Deshalb wurden auch die Streiks vom September 1969 gegen den Willen der Gewerkschaftsführung gemacht. Daraus folgt: Sozialistische Betriebsarbeit ist auch Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie - gegen die Verselbständigung der Gewerkschaftsapparate.

Die SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ ist ein unabhängiges Organ. In ihr wird man auch die Informationen finden, die die Gewerkschaftszeitungen nicht bringen.

Diese Ausgabe der SOZIALISTISCHEN BETRIEBSKORRESPONDENZ ist ein Anfang. Sie wurde von einigen Kollegen diskutiert und hergestellt. In Zukunft wird die SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ das sein, was viele Kollegen und Genossen aus den Betrieben aus ihr machen.

Vorläufige Redaktion
SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ

Hilfe, die Gewinne lassen mir nur einen schmalen Spielraum!

profite

Stahlkonzerne: Enorme Gewinne

"Fraglos haben alle deutschen Stahlunternehmen in ihrem letzten Geschäftsjahr gut, wenn nicht besser denn je verdient, und sie tun es weiterhin", hieß es am 1o.3.197o in der "Welt", aber Gewinnausweis und Dividendenvorschläge hätten zu recht zu unterschiedlichen Resultaten geführt.

So verbinde Klöckner seine Gewinnverdoppelung mit einer Dividendenaufstockung von 8 auf 12 Prozent, Hoesch verstecke den größten Teil der auch hier eingetretenen Gewinnverdoppelung und erhöhe die Dividende "nur" von 8 auf 1o Prozent, während der Thyssen-Konzern für die Rückkehr zur Spitzendividende von 12 (nach 1o) Prozent "nur" eine Steigerung im Gewinnausweis um rund ein Drittel brauche.

Schließlich fragt der Verfasser, ob die Stahlkonzerne ihre Gewinne nicht deshalb versteckten, weil man sonst "zuviel Begehrlichkeit bei der nächsten Lohnrunde wecken könnte".

Den Stahlbossen stecken also die Streiks vom September 1969 noch in den Knochen. Sie verschleiern ihre Gewinne aus Furcht, die Arbeiter könnten sich ausrechnen, wie sie um die Früchte ihrer Arbeit betrogen werden. Machen wir also die Rechnung auf anhand der Bilanzzahlen, die der Thyssen-Konzern in diesen Tagen veröffentlichte. "So gut wie im letzten Jahr ist es der ATH

(August-Thyssen-Hütte) wohl noch nie gegangen", meinte das "Handelsblatt". Und so sieht die Bilanz aus:

Die Aktionäre erhalten 115 Millionen Mark Dividende, das sind gut 38 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Weiter wurden vom Gewinn 3o6 Millionen Mark in den "Rückstellungen" versteckt. Sie betrugen insgesamt am Ende des Geschäftsjahres genau 14o1 Millionen Mark (gegenüber 1o95 Millionen 1968).

In der Wirtschaftspresse wird der Gewinn der ATH je 1oo-Mark-Aktie auf 48 Mark angegeben, das sind also fast 5o Prozent. Aber diese 5o Prozent sind nur die halbe Wahrheit, denn den dicksten Brocken vom Profit hat der Thyssen-Konzern investiert. Insgesamt waren es im abgelaufenen Geschäftsjahr 817 Millionen Mark, die in neue Maschinen und Werkanlagen gesteckt wurden; davon wurden 8o Prozent, also rund 7oo Millionen Mark, durch Abschreibungen finanziert, das heißt vom Gewinn genommen.

Zählen wir zusammen: Dividende, Rücklage und Abschreibungen machen insgesamt einen Profit von mehr als einer Milliarde Mark, bei einem Grundkapital von genau einer Milliarde. An jeder Mark wurde also eine weitere Mark verdient. Und ähnlich wie bei Thyssen steht es mit den Konzerngewinnen bei Hoesch, Klöckner, Krupp und Mannesmann.

Dem kleinen Mann aber macht die (unternehmerhörige) Presse weis, die westdeutsche Industrie sei durch höhere Lohnkosten so strapaziert, daß deshalb die Preise angehoben werden müßten.

vermögens illusion...

Die neue Masche - Vermögen für alle

Es besteht kein Zweifel: die ungleichen Vermögensverhältnisse in der Bundesrepublik sind zu einem Skandal geworden. Um die Arbeitenden darüber hinweg zu täuschen und um zu verhindern, daß sie eines Tages mehr fordern, als einige Prozente Lohnerhöhung (vielleicht mit Streiks wie im September des Jahres 1969) wird von Wahlkämpfern, von Parteifunktionären, von den Kirchen und selbst von den Unternehmern verkündet, daß Jedermann in unserem Lande Vermögen haben soll.

Auch die Regierung der sozial-liberalen Koalition versprach in ihrem Regierungsprogramm die "Vermögensbildung". In der Zentrale des DGB und in den Vorständen der einzelnen Industriegewerkschaften wird das Thema "Vermögensbildung" leidenschaftlich diskutiert. Die "Frankfurter Neue Presse" meldet, daß bereits 65 Tarifverträge bestehen, in denen "vermögenswirksame Leistungen" festgelegt sind. Von den bestehenden Verträgen wurden 39 auf überbetrieblicher und 26 Verträge auf betrieblicher Ebene abgeschlossen.

Als größte Industriegewerkschaft will nun auch die IG Metall solche Verträge abschließen. Völlig überraschend und in Eile tagte am 18. Februar 197o in Bochum die große Tarifkommission der IG Metall von Nordrhein-Westfalen. In dieser Sitzung wurde das Thema "Vermögensbildung" diskutiert, mit dem Ziel, möglichst rasch einen Vertrag abzuschließen, der bestimmt, daß die Unternehmer der Metallindustrie ihren Beschäftigten 312 DM jährlich zahlen, die auf 6 Jahre festgelegt werden müssen.

Erstaunlich ist der Sinneswandel mancher Gewerkschaftsführer und die Eile, mit der hier vorgegangen wird. So hat z. B. Otto Brenner auf dem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in München zu dem Problem der Vermögensbildung noch gesagt: "Wenn wir nach den Gründen für diese unbefriedigende Lage fragen, so ... ist darauf hinzuweisen, daß manche Pläne und Vorstellungen für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer nicht von dem Ziel einer größeren Gerechtigkeit ausgingen, sondern sich von dem Gedanken leiten ließen, den Arbeitnehmer stärker an den Betrieb zu binden oder ihn zu einem kleinen Kapitalisten zu machen, der über den Besitz von ein paar Aktien die eigentlichen gesellschaftlichen Probleme der Arbeitnehmer aus den Augen verliert."

Seit München hat sich nichts verändert. Auch die Tatsache, daß in 65 Tarifverträgen "vermögensbildende Leistungen" vereinbart wurden, hat die einseitige Vermögensbildung in unserem Lande nicht aufhalten können. Was jetzt zwischen der IG Metall und den Unternehmern ausgehandelt werden soll, geschieht gegen den Willen der meisten Mitglieder. Wieder wird wie im September vergangenen Jahres die Mitgliedschaft der IG Metall ausgeschaltet. Wie Mitglieder der großen Tarifkommission in NRW berichten, hat das Vorstandsmitglied der IG Metall Hans Mayr versucht, eine politische Diskussion zu diesem Thema zu verhindern mit dem Hinweis, daß die anwesenden Kollegen "nur zur Sache" diskutieren sollen.

Wir konnten in unzähligen Gesprächen mit Arbeitern feststellen, daß sie von der "Vermögensbildung" nichts halten. Die Arbeiter wollen mehr Lohn, besonders die Arbeiter, die entsprechend den Tarifverträgen der IG Metall in die niedrigen Lohnstufen eingestuft worden sind. Sie kommen nämlich mit ihrem Verdienst einfach nicht aus. Um Leben zu können, sind sie gezwungen, Überstunden und Samstagsschichten zu machen. Die "Frankfurter Neue Presse" vom 15. 1. 197o schreibt, daß 44 % der Arbeiterhaushalte zur Zeit ein monatliches Familieneinkommen haben, das unter 8oo DM liegt. Auch der letzte Arbeiter weiß, daß "vermögensbildende Leistungen", die vom Unternehmer aufgebracht werden müssen, von den Unternehmern durch Preiserhöhungen der breiten Masse auferlegt werden.

Wenn jetzt auf Kosten von notwendigen Lohnerhöhungen in alle Tarifverträge "vermögensbildende Leistungen" aufgenommen werden, so soll hier mit einem Trick die verpfuschte Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung reguliert werden, indem Kaufkraft abgeschöpft wird. Andere sprechen das offen aus. Die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, daß der DGB für den schnellen Abschluß von "vermögensbildenden Leistungen" eintritt, damit in nennenswertem Umfang die "Nachfrage der Arbeitnehmer gebremst werden kann".

In den Tarifverträgen, die in den nächsten Wochen und Monaten abgeschlossen werden, wird das Thema "Vermögensbildung" nicht wie bisher eine Randfrage, sondern zentraler Bestandteil der Lohnpolitik sein. Nach den bisherigen Erfahrungen werden solche Leistungen mit Sicherheit auf Kosten notwendiger Lohnerhöhungen ausgehandelt. Schon mit dem Wort "Vermögensbildung" beginnt der große Bluff. Es wird Zeit, daß die Dinge beim Namen genannt werden. Was

den Arbeitenden als "Vermögen" angeboten werden soll, ist bestenfalls eine Sparprämie, die zunächst einmal dem Staat und den Unternehmern den größten Vorteil bietet.

Der Direktor der Daimler-Benz-Werke in Stuttgart, Hanns-Martin Schleyer, einer der größten Scharfmacher im Unternehmerlager, hat vor einiger Zeit erklärt, wer "unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" verteidigen wolle, müsse für eine "breite Vermögens- und Eigentumsverteilung" mit allem Nachdruck eintreten. Aber er versteht darunter nicht solche Vorschläge, "die sich von unserer Gesellschaftsordnung grundlegend entfernen, indem sie z.B. das Privateigentum an den Produktionsmitteln in Frage stellen". Das heißt also, die sogenannte Vermögensbildung für Arbeitnehmer soll an den Profiten und der Macht der Unternehmer nicht rütteln. Stattdessen soll sie die Arbeiter von Lohnforderungen ablenken und ihnen die Illusion geben, sie seien am Volksvermögen "beteiligt". Auch die Heraufhebung des 312-DM-Betrages auf das Doppelte kann daran nichts ändern.

Vermögensbildung - Unternehmer-Kalkulation

In einer Verlautbarung ihres Vorstands haben die Metallindustriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen die Bereitschaft der IG Metall begrüßt, über die Frage der Vermögensbildung mit den Arbeitgebern in Verhandlungen einzutreten. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber der Metallindustrie bereits während der Lohntarifrunde im Herbst vorigen Jahres einen

...auf kosten der löhne!

eigenen Vorschlag in dieser Richtung gemacht haben. Dieser Vorschlag sollte zur Grundlage der angekündigten Verhandlungen über die Vermögensbildung mit der IG Metall gemacht werden. Die aus einer Vereinbarung über Vermögensbildung entstehenden Kosten müßten aber bei den Tarifverhandlungen über die Löhne und Gehälter Berücksichtigung finden. Die Lohn- und Gehaltstarfiverträge in der Metallindustrie laufen Ende September 197o aus. Für die stark exportorientierte Metallindustrie Nordrhein-Westfalens, so lautet es in der Erklärung weiter, sei eine sichere Kalkulationsgrundlage notwendig. Sie fordere darum eine Beruhigung in der Wirtschaftspolitik durch klare Entschlüsse und feste Laufzeiten der Tarifverträge.
(Handelsblatt, 5. 3. 197o)

Industriekurier: Sinneswandel bei der IG Metall?

Die Grundsätze der IG Metall zur kommenden Tarifpolitik, in denen die Vereinbarung "vermögenswirksamer Leistungen" zusätzlich zu den Lohn- und Gehaltserhöhungen vorgesehen sind, deuten nach Auffassung des INDUSTRIEKURIER vom 24. 1. 197o eine grundlegende "Sinneswandlung" innerhalb der IG Metall an. Zwar könne man noch nicht von einer generellen Hinwendung der IG Metall zu ihrem Tarifpartner sprechen ...

Dennoch sei zu registrieren: "daß die Vorgänge im Herbst 1969 die Gewerkschaftsführung so weit verunsichert und zum Nachdenken gezwungen haben, daß sie es nicht mehr wagen könnte, eine solche Möglichkeit wie den Abschluß von vermögenswirksamen Tarifverträgen einfach abzulehnen. Darin steckt Hoffnung. Die Signalwirkung der IG Metall-Forderungen dieser Art an die Arbeitgeber könnte erstmalig eine Welle von Vermögensvereinbarungen bewirken, zumal die Konjunktursituation geradezu ideal erscheint. Es ist zu hoffen, daß die Arbeitgeberseite die Wünsche der Metall-Gewerkschaft sorgfältig abwägt und lieber hier als an anderer Stelle zu Zugeständnissen bereit ist, auch wenn es nach den Umständen und der Kostenlage schwerfallen könnte."

IG-Metall-Mitglieder: Nicht auf Kosten der Lohnerhöhungen ...

"Die steigenden Preise erfordern baldige Lohn- und Gehaltsforderungen der IG Metall", heißt es in einer Entschließung der IGM-Vertreterversammlung Frankfurt am Main. Die Vertreter dieser mitgliederstarken IGM-Verwaltungsstelle erwarten deshalb "rechtzeitig Maßnahmen zur Vorbereitung der Tarifbewegung unter weitestgehender Einschaltung der Mitglieder". Außerdem soll die Möglichkeit geprüft werden, Lohn- und Gehaltserhöhungen vor Ablauf des Tarifs zu erreichen. Zu den IG-Metall-Vorschlägen über Leistungen zur Sparförderung erklärten die Delegierten, daß diese "auf keinen Fall auf Kosten notwendiger Lohn- und Gehaltserhöhungen gehen dürfe".

B E T R I E B S Z E I T U N G E N

Ein wichtiger Musterprozess wird in Osnabrück geführt. Im Vordergrund steht die Frage ob (oppositionelle, linke) Betriebsgruppen den Namen der Firma für eine Betriebszeitung verwenden dürfen, speziell im Titel. In Osnabrück erscheint für die Beschäftigten der Familien-GmbH das Informationsblatt ROTER KARMANN. Dem Genossen E. Sennet, der presserechtlich als Herausgeber zeichnet, wurde durch einstweilige Verfügung die Führung des Wortes KARMANN im Titel untersagt.

Kolleginnen und Kollegen!
Dieser Ausgabe der SOZIALISTISCHEN BETRIEBSKORRESPONDENZ haben wir den MITMISCHER (Betriebszeitung der Klöckner-Hütte Bremen) als Muster für eine gute betriebsbezogene Zeitung beigelegt. Schickt uns regelmäßig eure Betriebszeitungen und Betriebsflugblätter. Sie können für Kollegen in anderen Betrieben ein Beispiel geben!

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Die SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ berichtet aus den konkreten Erfahrungen der betrieblichen Praxis, und sie soll der gewerkschaftlichen und politischen Praxis im Betrieb dienen.
Darum: Schreibt uns, was wir falsch gemacht haben. Macht Vorschläge für Verbesserungen! Berichtet über Eure eigenen Erfahrungen. Schreibt Berichte über Euren Betrieb und Eure Gewerkschaftsorganisation, damit andere Kollegen aus diesen Erfahrungen lernen können. Diskutiert die Korrespondenz mit Euren Kollegen. Fragt sie nach ihrer Meinung und fordert sie auf, ihre Meinung in der Korrespondenz zu äußern!

Sozialistisches Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

fragen an den kollegen brenner

Der Vorstand der IG Metall traf sich zu einer Klausurtagung auf dem Hauerskopf. Es sollten die Schwerpunkte gewerkschaftlicher Arbeit für das Jahr 197o gesetzt werden. In den Referaten und Diskussionen spielte das wichtigste gewerkschaftliche Ereignis des vorhergehenden Jahres, die spontanen Arbeitsniederlegungen im September in der eisenschaffenden Industrie immer wieder eine tragende Rolle. Häufig wurde die Verbesserung der Beziehungen zwischen Gewerkschaftsführung und den Mitgliedern angesprochen. Deshalb wurden die Klausurgespräche auch im Funktionärsorgan der IG Metall veröffentlicht, hierunter auch im Wortlaut zwei Referate des Kollegen Brenner.

Wie sieht nun die Verbesserung der Beziehungen zwischen Mitgliedschaft und Führung nach den Worten des Kollegen Brenner aus? Er ist sich zunächst gar nicht sicher, ob die Aktivität von unten, wie sie sich im September 1969 zeigte, anhält. Hier muß man sich fragen: Ist Kollege Brenner darüber beruhigt? Ist es denn nicht gerade seine Pflicht, alles zu tun, damit diese Aktivität anhält?

Kollege Brenner stellt dann weiterhin fest: "Es kommt nur darauf an, daß wir offen und ehrlich miteinander diskutieren und an der Verantwortung des Vorstandes für die Führung der Organisation keine Zweifel aufkommen lassen." Will er damit sagen, daß man zwar diskutieren will, daß aber die Führung der Organisation im Sinne einer repräsentativen Demokratie, in der jeder Spitzenfunktionär nur "seinem Gewissen verantwortlich ist", geschehen soll?

Gleich darauf setzt Kollege Brenner einen wichtigen Beschluß der zentralen Vertrauensleutekonferenz in Braunschweig herab. Dort ist eine Entschließung über die zukünftige Tarifpolitik verabschiedet worden, aber die Konsequenzen daraus zu ziehen soll dem Vorstand überlassen bleiben. Ist es denn aber nicht so, daß Vertrauensleute in den Betrieben dafür die Verantwortung haben, daß der Wille der Mitgliedschaft in den Forderungen der Gewerkschaft zum Ausdruck kommt? Gewerkschafter, die als Gegenmittel gegen die Preisunstabilität eine Teuerungszulage bei den Tariflöhnen empfohlen haben, nennt Kollege Brenner "gewisse Kräfte", von denen man sich nicht in die Defensive drängen lassen dürfe. Es sei ja aufgeklärt, von welcher Seite hier die Initiative ausgehe. Damit sind abwertend die Vertrauensleute des Hoesch-Konzerns und der Rheinstahlhüttenwerke Meiderich gemeint. Steht es einem Gewerkschaftsvorsitzenden an, Mitarbeit praktizierende Kollegen zu diffamieren?

Kann man bei solcher Einstellung des Kollegen Brenner nicht zu der Meinung kommen, daß alle Beteuerungen von der verbesserten Verbindung und der Einbeziehung der Mitglieder bei Tarifgesprächen nur der besseren Reglementierung der Mitgliedschaft durch den Gewerkschaftsvorstand dienen sollen? Allen Kollegen in der IG Metall kann nur empfohlen werden, das Arbeitspapier genau zu lesen und ihr Recht auf Mitarbeit energisch zu praktizieren. Nur so kann eine Gewerkschaft ihren Aufgaben gerecht werden, wenn sie tatsächlich die Interessen ihrer Mitglieder vertreten will.

S E L B S T E R K E N N T N I S

Über die spontanen Streiks erklärte das Vorstandsmitglied der IG Metall, Fritz Strothmann: "Nehme ich alles in allem, so darf ich wohl sagen, daß unsere Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute in dieser erregenden Situation gut geschlafen haben." Später wollte Strothmann sich nur versprochen haben. Statt "gut geschlafen" habe er sagen wollen "sich gut geschlagen haben".

sozialisten im betrieb

Die Auseinandersetzung bei Klöckner-Bremen

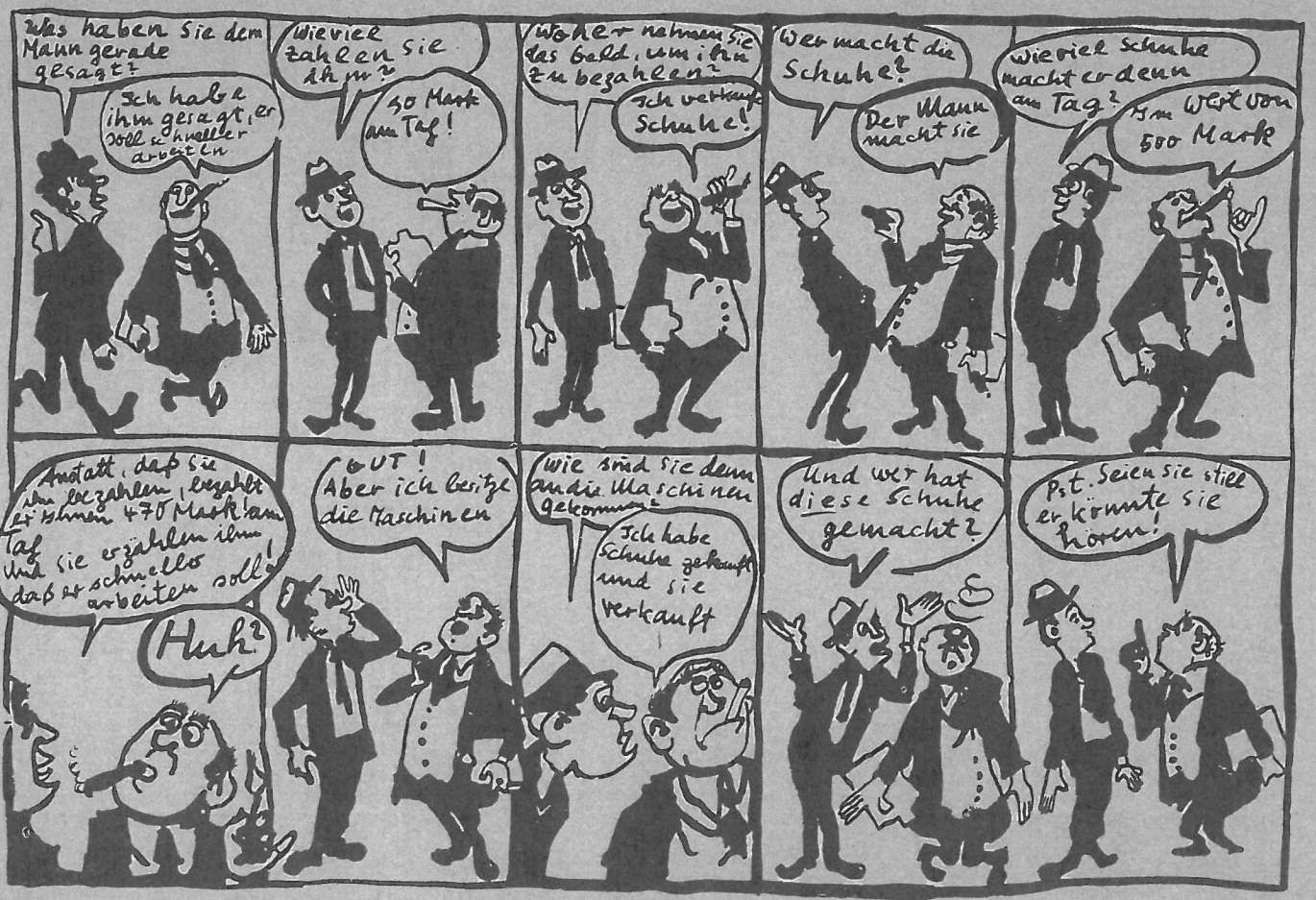
In keinem Betrieb in der Bundesrepublik hat sich der Widerspruch zwischen Basis und Gewerkschaftsapparat eindeutiger herausgestellt als auf der Klöckner-Hütte in Bremen. Die Ursachen sind in einer Kette von Vorgängen zu suchen, die sich über viele Jahre hinziehen. Das vorläufig letzte Glied dieser Kette bilden der Ausschluß des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden Bonno Schütter aus der IG Metall und die ein bis drei Jahre Funktionsverbot und Rügen gegen 41 weitere Mitglieder der IG Metall.

Bei der Gründung der "Hütte am Meer" übernahmen die Klöckner-Werke mit der Belegschaft der ehemaligen Norddeutschen Hütte einen linken Stamm innerhalb der Belegschaft. Von Anbeginn an spielten die Auseinandersetzungen zwischen der SPD und diesem linken Kader eine erhebliche Rolle in der Belegschaft. Mit undemokratischen Mitteln versuchte der in Bremen von der SPD gelenkte Gewerkschaftsapparat diesen Kader im Laufe der Jahre zu zerschlagen. Doch immer wieder konnte dieser sich aufgrund seiner konsequenten Haltung in der Belegschaft durchsetzen. Es waren die Kollegen Christa Pupp, Max Müller, Heinz Röpke und Bonno Schütter, um die sich der linke Kader sammelte. Auch der Einsatz eines sogenannten Schwerpunktsekretärs des IGM-Vorstandes auf der Klöckner-Hütte konnte an dieser Lage nichts ändern. Die Entwicklung des Konflikts wird deutlich an folgenden exemplarischen Ereignissen:

0 Betriebsratsmitglied Christa Pupp wurde 1965 unmittelbar vor der Betriebsrats-

wahl mit einer fünfstelligen Summe in den Ruhestand versetzt; Protest der Belegschaft.

- O Gegen den einstimmigen Beschluß des Betriebsrates und gegen den Willen der Belegschaft setzte Otto Brenner es durch, daß sein Urlaubsfreund Friedrich Düßmann trotz Unfähigkeit als Arbeitsdirektor bei Klöckner im Amt bleibt.
- O Bei den Straßenbahndemonstrationen im Januar 1968 solidarisierten sich der Betriebsrat und große Teile des Vertrauenskörpers und der Belegschaft mit den Schülern. Sie entlarvten den DGB-Chef Richard Boljahns, der unter dem Druck der Arbeiter seine anfängliche Haltung gegen die Schüler aufgeben mußte und mit radikalen Forderungen für die Arbeiter sich an die Aktion der Schüler zu hängen versuchte. An der widerspruchsvollen Haltung Richard Boljahns schieden sich in der Belegschaft die Geister.
- O Die Klöckner-Belegschaft diskutierte auf Belegschaftsversammlungen eingehend die Notstandsgesetze und beteiligte sich entschlossener als andere Betriebe an der Antinotstandskundgebung des DGB. Der damalige stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Bonno Schütter wurde wegen seiner Beteiligung in dieser Aktion mit Unterschrift des Arbeitsdirektors Düßmann fristlos entlassen.
- O Dem sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden Heinz Prott wurde in einem Flugblatt der "Arbeiterpolitik" korrumpiertes Verhalten vorgeworfen, - Vorwürfe, die er nicht zur Zufriedenheit der Belegschaft entkräften kann.
- O Die IG Metall leitete Ordnungsverfahren gegen Max Müller, Heinz Röpke und Erich Kassel (bekannte linke Belegschaftsvertreter) ein.
- O Die Forderung Kurt Moskals auf der Vertreterversammlung, nach nunmehr acht Jahren auf der Klöckner-Hütte endlich allgemeine Vertrauensleutewahlen durchzuführen, wurde von dem damaligen Bevollmächtigten der IG Metall, Karlheinz Janßen, (jetzt Senator in Bremen) abgelehnt.
- O Ein von der IG Metall im Sommer 1968 vorbereiteter Streik wurde am Vortage aufgrund einer Vermittlung des Arbeitsdirektor Ils vom Klöckner-Konzern wieder abgeblasen. Nach mehrjährigen kostenneutralen Tarifrunden in der Stahlindustrie wollten die Klöckner-Arbeiter in der IG Metall 1968 ihren Nachholbedarf decken: Gegen die Stimme des IG-Metall-Bezirksleiters Scholz beschlossen die Vertrauensmännerversammlung (große Tarifkommission) entgegen der Vorstandsempfehlung 12 Prozent Lohnerhöhung. Vermittels Satzung reduzierte der Vorstand diese Forderung auf 1o Prozent. Die Belegschaft, die entschlossen war, nach einer dreijährigen Lohnpause wenigstens 1o Prozent durchzusetzen, wurde von der IG-Metall-Bürokratie in der Lohnrunde 1968 verschaukelt.
- O Die Betriebsratswahlen im Mai 1969 auf der Klöckner-Hütte stellten die Belegschaft vor die politische Alternative, entweder die offiziellen Vertreter des Gewerkschaftsapparats (von der SPD gewünschte Kandidaten) oder die linken unabhängigen Belegschaftskandidaten zu wählen. In dieser Auseinandersetzung entschied sich die Belegschaft nach einem ausgedehnten Wahlkampf für die linke Liste Schütter/Müller und die Liste Bär. Die offizielle IG-Metall-Liste erhielt nur 37 Prozent der abgegebenen Stimmen.
- O Der IG-Metall-Apparat leitete Ausschlußverfahren gegen die Gewinner der Betriebsratswahlen ein (mißachtete damit die Entscheidung der Belegschaft) und erklärte den gewählten Betriebsrat "aufs Abstellgleis schieben zu wollen".
- O Im Streik der Klöckner-Belegschaft im



September 1969 stellte sich die IG-Metall-Bürokratie auf die Unternehmerseite gegen die Belegschaft. Sie rief gemeinsam mit dem Unternehmer die Belegschaft auf, den Streik zu beenden und diffamierte die Belegschaft (Vorwurf der "Zerstörung von Produktionsanlagen"). Die IG-Metall-Bürokratie lehnte nicht nur Gespräche mit dem Betriebsrat ab, sondern beriet gemeinsam mit dem Unternehmer Schritte gegen den Betriebsrat.

- Der Betriebsratsvorsitzende Bonno Schütter wurde
  1. wegen "Rädelsführerschaft" im Streik erneut mit Hilfe des Arbeitsdirektors Düßmann fristlos aus dem Betrieb entlassen und
  2. wegen seiner Kritik an der Haltung des Gewerkschaftsapparats zum Streik erneut vom Vorstand mit einem Ausschlußverfahren aus der IG Metall bedacht.
- Die IG-Metall-Bürokratie führte satzungswidrige Verfahren gegen 42 oppositionelle Gewerkschafter der Klöckner-Hütte durch: sie mißachtete satzungsmäßige Grundsätze bei der Durchführung der Verfahren.
- Auf den Belegschaftsversammlungen nach dem Streik wurde der Bevollmächtigte der IG Metall Bremen, Arno Weinkauf, von der Belegschaft niedergeschrien; daraufhin erschien kein Gewerkschaftssekretär mehr auf der folgenden Betriebsversammlung.
- Belegschaftsangehörige der Klöckner-Hütte geben eine Betriebszeitung für die Belegschaft heraus, die sich kritisch mit der Werksleitung und dem IG-Metall-Apparat auseinandersetzt.

Innerhalb der Belegschaft und des linken Funktionärskörpers auf der Hütte geht die Auseinandersetzung zur Zeit um die Durchsetzung neuer Belegschaftsforderungen und die Haltung gegenüber dem Gewerkschaftsapparat. Die im Gegensatz zu den Erfahrungen der Arbeiter während der Streikwelle 1969 (die Organisierung ihres Kampfes neben den Gewerkschaften, wo diese nicht mehr dazu in der Lage sind) stehen die Ideologie des DKP-Vorstandes ist durch die Entwicklung auf der Klöckner-Hütte im Verhalten der DKP-Betriebsräte noch nicht klar zutage getreten. In der Auseiandersetzung mit der Gewerkschaftsbürokratie schwenken aber die DKP-Genossen im Betrieb auf die Linie ihres Parteivorstandes ein, was bedeutet, der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Gewerkschaftsapparat aus dem Wege zu gehen.

Ausführliche Analysen und Dokumentationen über die Vorgänge auf der Klöckner-Hütte Bremen sind von der Gruppe Arbeiterpolitik veröffentlicht worden:
Die Auseinandersetzungen auf der Klöckner-Hütte Bremen - I. Analyse und Dokumentation, Mai 1969, 84 Seiten (Preis 2.-- DM) - II. Analyse und Dokumentation, Febr. 1970, 120 Seiten (Preis DM 2.50) - Organ "Arbeiterpolitik", vor allem die Ausgaben 1/68, 3/68, 4/68, 3/69, 4/69 und 1/70. Bezugsmöglichkeiten: Günter Kuhlmann, 28 Bremen 1, Admiralstr.139

BAUSTEINE FÜR REDEN & DISKUSSIONEN ÜBER DAS THEMA "MITBESTIMMUNG"

Lieferbar für DM 3,80 (in Briefmarken beilegen) bei Sozialistisches Büro

mit bestimmung

Kollegen, laßt euch nicht verscheißern!

Die Gewerkschaften fordern Mitbestimmung. Sie fordern Mitbestimmung auf allen Ebenen, am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der ganzen Wirtschaft. Die Mitbestimmung soll die wirtschaftliche Macht der Unternehmer kontrollieren, ihren Mißbrauch verhindern und eine soziale Gestaltung der Wirtschaft sichern. Durch die Mitbestimmung sollen die "Arbeitnehmer" an der Gestaltung der Wirtschaft gleichberechtigt beteiligt werden. So stand es und steht es noch immer in unserem Programm, im Grundsatzprogramm und im Aktionsprogramm des DGB.

Die Montan-Mitbestimmung war für die Gewerkschaften 1951 nur ein Anfang. Fast 20 Jahre ist es bei diesem Anfang geblieben. Wir haben uns in dieser Zeit zwar höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzungen erkämpft, wir haben gegen den Widerstand der Unternehmer auch soziale Fortschritte durchsetzen können, doch die wirtschaftliche Macht der Unternehmer blieb unangetastet. Wer über wirtschaftliche Macht verfügt, verfügt auch über politische Macht. Auch daran hat sich in diesen 20 Jahren nichts geändert. Im Gegenteil: Die Unternehmermacht hat sich phantastisch gesteigert!

Mit unserer Forderung nach paritätischer Mitbestimmung wollen wir diesen Zustand ändern. Die Macht der Unternehmer muß eingeschränkt werden. Die Lohnabhängigen dürfen nicht länger der wirtschaftlichen Willkür der Unternehmer ausgesetzt sein. Die Lohnabhängigen dürfen nicht mehr länger das Risiko kapitalistischer Wirtschafts- und Unternehmenspolitik tragen. Bei der Mitbestimmung muß es darum gehen, Gegenmacht der "Arbeitnehmer" aufzubauen.

Das Biedenkopf-Gutachten zur Mitbestimmung möchte verhindern, daß die Lohnabhängigen Einfluß auf die Politik des Unternehmens bekommen. Es soll verhindert werden, daß die Macht des Kapitals eingeschränkt wird. Im Aufsichtsrat soll das Verhältnis zwischen Vertretern der Anteilseigner und Vertretern der "Arbeitnehmer" nur 7 : 5 betragen. Die Vertreter der "Arbeitnehmer" könnten somit immer überstimmt werden. Kollegen, das hat nichts mehr mit MITBESTIMMUNG zu tun! Mitbestimmung ohne Parität, Mitbestimmung ohne Gleichberechtigung, gibt es nicht. Wer sich auf dieser Basis auch nur auf Verhandlungen einläßt, hat die Forderungen unserer Programme schon aufgegeben. In den nächsten Monaten werden wir sehr aufpassen müssen, damit uns nicht wieder einmal die Experten verscheißern ...

Mitbestimmung - eine Klassenfrage

Mitbestimmung in der Wirtschaft - wie jede andere Forderung nach einer Veränderung der Wirtschaftsverfassung - kann überhaupt nicht nach sogenannten "neutralen", sachlichen Maßstäben betrachtet werden. Wie die Mitbestimmung erkämpft wurde, wie sie sich in der Praxis bewährt hat und welchen Stellenwert sie in der gegenwärtigen Diskussion spielt - immer ist die Frage der Mitbestimmung eine Klassenfrage, die nur im Zusammenhang der gegensätzlichen Interessen von Kapital und Arbeit zu begreifen

ist. Dabei kommt der Klassencharakter nicht nur in der einfachen Befürwortung oder Ablehnung der paritätischen Mitbestimmung zum Ausdruck, sondern gerade in den verschiedenen Positionen, die sich für eine Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten aussprechen. Auf der einen Seite steht ein Mitbestimmungskonzept, das die Macht des Großkapitals einschränken und kontrollieren will, das den Kampf um Mitbestimmung als eine Möglichkeit der Mobilisierung von Arbeitern und Angestellten und damit der Vorbereitung des Kampfes um Machtpositionen der Arbeiterklasse in Wirtschaft und Staat begreift. Auf der anderen Seite stehen jene, die die Mitbestimmung als ein Instrument der Integration der Arbeiter und Angestellten in den Kapitalismus, als ein Mittel zur Beseitigung von innerbetrieblichen und gesellschaftlichen Konflikten propagieren. Es muß klar gesehen werden, daß diese Position nicht nur von den unmittelbaren Interessenvertretern des Großkapitals eingenommen wird, sondern auch von vielen Gewerkschaftsführern. Die Klassenlinie, an der sich Mitbestimmung als Instrument des erweiterten Kampfes oder der erweiterten Integration scheidet, geht also durch die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie hindurch.
(Aus "links" - Sozialistische Zeitung, Nr. 8/70)

bargeldloser monatslohn?

Die DAIMLER-Betriebsgruppe in Stuttgart sprach mit einem Bankfachmann über das Problem der bargeldlosen monatlichen Lohnzahlung. Ein interessantes Gespräch, das wir hier auszugsweise wiedergeben:

Frage: Für die DAIMLER-Arbeiter gibt es jetzt monatlich bargeldlosen Lohn. Vorher wurden die Kollegen allerdings nicht gefragt. Was sagen Sie dazu?

Bankfachmann: Dieses Problem müssen Sie schon mit Ihrem Betriebsrat ausmachen. Allerdings: Gegen das Prinzip der bargeldlosen Lohnzahlung ist kaum etwas einzuwenden; es bringt ja auch eine Reihe Vorteile für die Arbeiter ...

Frage: ... und erst recht für die Firma. Wir müssen jetzt nämlich einen halben Monat auf unser Geld warten. Ist das normal?

Bankfachmann: Ich kenne Ihre Datenverarbeitungsanlage nicht. Mit modernen Computern sollte es allerdings nicht länger als 4 bis 5 Tage dauern.

Frage: Was kann man da tun?

Bankfachmann: Sie könnten eine monatlich zum letzten fällige Abschlagzahlung in der etwaigen Höhe des Durchschnittsverdienstes des vorhergehenden Monats vereinbaren. Aber auch das ist eine Sache, die Sie mit Ihrem Betriebsrat ausmachen müssen.

Frage: Die Firma spart doch nun eine ganz hübsche Summe durch die Rationalisierung. Vor allem aber arbeitet sie mit unseren Löhnen einen halben Monat. Kann man da Zahlen nennen?

Bankfachmann: Die durch die Rationalisierung gesparten Gelder sind selbstverständlich relativ hoch. Was durch die bargeldlose Lohnzahlung aber auch gespart wird, läßt sich an einer kleinen Rechnung deutlich machen. Die bargeldlose Lohnzahlung bei Ihnen betrifft rund 6o ooo Arbeiter. Bei einem Durchschnittsverdienst von 8oo.-- DM (einschließlich Überstunden, netto) macht das monatlich rund 48 Millionen DM aus. Dieses Geld steht den Arbeitern am Monatsletzten spätestens zu - Sie erhalten es aber nach Ihren Angaben erst zwei bis drei Wochen später. Die Firma kann also in dieser Zeit mit dem Geld arbeiten bzw. das Geld für sich arbeiten lassen. Zur Zeit werden für kurzfristige Gelder Zinsen zwischen 2 bis 5 Prozent berechnet, die effektive Ersparnis für die DAIMLER-BENZ AG dürfte sich also auf einige 1o ooo .-- Mark belaufen.
("plakat", Stuttgart)

PROFITE

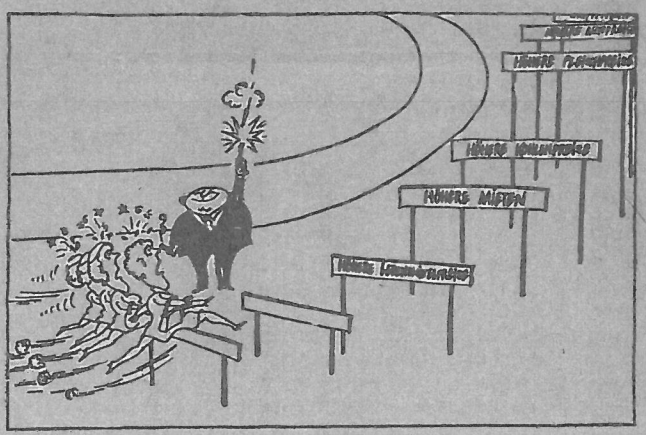
Die errechneten Nettoprofite der 1oo größten Aktiengesellschaften der westdeutschen Industrie 1966 bis 1968 in Millionen DM

Einzelposten	1966	1967	1968
Bilanzierter Reingewinn	2 394,3	2 442,6	3 o43, 7
Erhöhung der bilanzierten Reserven	1 925,8	2 7o7,5	4 745,4
5o % des "Sonstigen Aufwandes"	4 616,5	5 738,5	6 658,8
66 2/3 % der "Sonstigen Sozialleistungen"	953,9	773,6	877,2
Überhöhte Abschreibungen	3 o13,8	3 7o9,3	3 47o,4
Errechneter Nettoprofit	12 9o4,3 (1oo)	15 351,9 (119,4)	18 795,5 (145,7)

aus: DWI-Berichte, 1/197o, S. 31

PROFITE UND LÖHNE

in der BRD	1966	1967	1988
Entwicklung der Nettoprofite	1oo	119,o	145,7
Entwicklung der Netto-Lohn- und Gehaltssumme	1oo	97,5	1o3,1



Neue Disziplin für Hausfrauen: Preis-Hürdenlaufen

preise

Mieten steigen rapide

Die Baupreise steigen gegenwärtig in einer Form, die zum offenen Skandal geworden ist. Die Bodenspekulation feiert Orgien. Unsere Städte können ihre öffentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen, weil sie die Kosten für Landerwerb nicht mehr aufbringen können. Wenn sich die gegenwärtige Gesellschaftsordnung auf irgendeinem Gebiete ad absurdum führt, dann tut sie es auf dem Sektor Bodenpreise, Baupreise und Mieten; hier sind die Verhältnisse in ihrem asozialen Wesen entlarvt.

So sieht es mit den Kostensteigerungen im Baugewerbe aus: Nach den Feststellungen führender Wohnungsbaugesellschaften der

Bundesrepublik liegen die Kalkulationen, die heute von Baufirmen für Großprojekte im Wohnungsbau eingeeicht werden, um 23 bis 47 Prozent (!) höher als noch vor 18 Monaten.

Die Folgen für die Mieten werden nicht ausbleiben. Eine rapide Verteuerung der Wohnungsmieten, sagt das Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster voraus. Nach dieser Vorausberechnung werden wir im Jahre 1975 Mieten zu zahlen haben, die rund um die Hälfte höher sein werden als heute. Im Altbau werden die Durchschnittsmieten in den nächsten 5 Jahren nach dieser Prognose um 43 Prozent, im öffentlich geförderten Bau um 52 Prozent und im freifinanzierten steuerbegünstigten Wohnungsbau um 4o Prozent steigen.

Von grundlegenden Maßnahmen der Behörden gegen die Bodenspekulationen kann jedoch keine Rede sein. Deshalb werden sich nur durch eine harte Lohnpolitik der Lohn- und Gehaltsabhängigen die Steigerungen der Lebenshaltungskosten einholen lassen.

streiks

Bergarbeiterstreik in Belgien

In Belgien ist in verschiedenen Betrieben über mehrere Wochen gestreikt worden. Was waren die Ursachen? Der Durchschnittslohn der Bergarbeiter war dort bisher monatlich DM 675 übertage und untertage DM 79o.-- (436 bzw. 51o Belgische Franc pro Tag). Mit anfänglicher Unterstützung einer der Gewerkschaften forderten die Arbeiter eine sofortige Erhöhung um 15 Prozent.

Als dann aber die Bergwerksgesellschaften, der Staat und die Gewerkschaftsführungen sich auf einen Vertrag einigten, der über 18 Monate verteilt nur eine Steigerung um 1o Prozent bringen sollte, traten die Kumpels in einen "wilden" Streik. Um die schwache Position der Streikenden zu stärken, meldeten auch andere Arbeiter ihre Forderungen an und traten in den Ausstand. Diese Solidaritätsstreiks sind von den Gewerkschaften "legalisiert" worden, weil sie andernfalls die Kontrolle über die Arbeiter verloren hätten.

Soweit Informationen vorliegen, ist der Streik zusammengebrochen, weil die Bergarbeiter, die den Streik begannen, ohne Geld und Unterstützung von den Gewerkschaften einfach ausgehungert worden wären. Hinzu kommt der massive Einsatz von Polizei gegen Streikende. Es ist anzunehmen, daß die Arbeiter insgesamt trotzdem durch den Streik gewonnen haben, denn während des Streiks sind von den Arbeitgebern schon 12 Prozent Lohnerhöhungen angeboten worden - das ist auch ein Beweis, daß die Industrie höhere Löhne zahlen kann, wenn den Forderungen nur der notwendige Nachdruck verliehen wird.

Wenn der Streik seine ursprünglich gesteckten Ziele nicht erreichte, so heißt das nicht, daß die belgischen Kumpels sich mit ihrer vergleichsweisen Ohnmacht abzufinden haben, sondern daß die Arbeiterforderungen noch zielstrebiger als bisher von den Arbeitern selbst verfochten werden müssen. Das heißt dann auch, daß die tariflichen Verhandlungskommissionen der Gewerkschaften von den Arbeitern in direkter Abstimmung gewählt werden müssen. So könnten Forderungen des einfachen Arbeiters eher berücksichtigt werden, denn er ist es, der Lohnerhöhungen oft bitter notwendig braucht.

mitarbeiten! werben!

SOLIDARITÄTS- UND AKTIONSFONDS:

Drucken kostet Geld. Einen Haufen zahlen wir aus unserer Tasche. Es geht um den Rest. Außerdem erreichen uns laufend Hilferufe von Kollegen und Genossen, die noch allein arbeiten - vorwiegend in kleineren Betrieben und kleineren Orten. Wir wollen ihnen helfen. Allein können wir's nicht.

SOLIDARITÄTS- UND AKTIONSFONDS - Sonderkonto Nr. 1/741 326/3-11 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach (das Postscheckkonto der Bank: PSA Frankfurt Nr. 172480)

Die SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ wird vertrieben vom Sozialistischen Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 0611 - 832593. Solidaritätspreis für diese erste Ausgabe 5o Pfennig, bei Abnahme von 1o Stück und mehr 5o Prozent Rabatt. Bei Bestellung weiterer Exemplare den Geldwert bitte in Briefmarken beilegen. Presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe: Georg Schleichert, 6o78 Zeppelinheim. Druck: A. W. Dunker, Frankfurt

Einsenden an Sozialistisches Büro
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Ich bestelle vorerst die nächsten drei Ausgaben der SOZIALISTISCHEN BETRIEBSKORRESPONDENZ und lege hierfür DM 1.5o in Briefmarken bei:

Name: .....

Adresse: .....

.....

Beruf: .....

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international. „links" ist illusionslos, undogmatisch — eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.20.
Bezugspreis, jährlich, DM 15.—.
Probenummer bei Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 525.